

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM. im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2–5. — Geruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 20

Berlin, den 19. Mai 1928

3. Jahrgang

Wahltag ist Entscheidungstag!

Am 20. Mai fällt die Entscheidung über die politischen Geschicke Deutschlands für die nächsten vier Jahre. An diesem Tage wird sich auch zeigen, wen die einundvierzig Millionen Wahlberechtigten die politische Macht ausüben werden. Für viele unpolitische Leute wird die Wahl der Parteien nicht leicht sein, denn es sind ihrer einunddreißig, die sich um die Stimmen bewerben. Das ist die größte Zahl, die bisher zu verzeichnen ist. Mancher Wähler und manche Wählerin wird zu sich sagen: „Wer die Wahl hat, hat die Qua!“ Für Arbeiter und Arbeiterrinnen sollte es eigentlich nicht schwer fallen, die richtige Partei herauszufinden; aber es wird auch diesmal so sein, wie bei jeder Wahl: Wenn Arbeiterstimmen werden den bürgerlichen Parteien aufwachsen. Mit der politischen Erkenntnis in Arbeitervreisen mangelt es eben noch trotzdem schon Jahrzehntelang Aufklärung vor allem politischer Art, getrieben wurde.

Die wahlähnigen Mitglieder der freien Gewerkschaften wissen schon eher, auf welche Seite sie sich zu schlagen haben, denn sie sind in dieser Linie Arbeitnehmer und wählen keine bürgerliche Partei. Jede bürgerliche Partei ist gebunden an die Interessen des Besitzes und vertritt dessen Wohl und Wehe in erster Linie. Die durchliegenden Jahre geben dazu sehr unerträgliche Beweise. Alle Einzelheiten sind bereits im „K. V.“ eingehend behandelt worden. Eine Wiederholung erübrigt sich.

Wenn heute noch einmal kurz zu den Wahlen Stellung genommen wird, so deshalb, die Wahlberechtigten an ihr Wahlrecht, das die Wahlbüchse in sich schließt, zu erinnern.

Die politische Vertreterin der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, führte mehrere Jahrzehnte hindurch den Kampf um das freie Wahlrecht in Preußen; erst durch die Revolution konnte es errungen werden. Die ehemals herrschenden Mächte des Dreiklassenparlaments in Preußen haben es nicht freiwillig. Daraus geht hervor, daß das allgemeine Wahlrecht eine äußerst wichtige Waffe für das Volk ist, für die Besitzlosen um so mehr als für die Besitzenden, die ja auch ihre wirtschaftlichen Kräfte bei allen Gelegenheiten mitwirken lassen können. Das Kretatariat im besonderen muß diese Waffe nur richtig anwenden, d. h. in seinem Interesse, einheitlich und geschlossen, dann wird das in der Reichsverfassung verbrieft steht: „Alle Gewalt geht vom Volke aus!“, auch in die Tat umgesetzt. Das gilt für den Reichstag wie für die Landtage.

Wenn sich die Gewerkschaften um das politische Geschehen mehr kümmern, müssen sie in früheren Zeiten, so deshalb, weil die Vogel der Katholiken die Gewerkschaften zwängt, ihre Macht zur Beeinflussung der staatlichen Politik auszuüben“. Diese Begründung des Kollegen Niermann ist richtig. Die Gewerkschaften werden künftig deshalb noch viel mehr gezwungen sein, nach dieser Richtung zu wirken und ihren Einfluß geltend zu machen, denn die Staatspolitik wird mehr und mehr Wirtschaftspolitik, politische Entscheidungen immer mehr wirtschaftliche Entscheidungen in kurzen Zeiträumen. Dabei kommt es nicht auf die schöne Stimme des Heimatkandidaten und nicht auf seine Wahlversprechen, sondern auf die Macht der hinter ihm stehenden wirtschaftsfähigen Organisationen an. Das läuft sich nicht verneinen. In unserer Welt wirken nicht mehr einzelne Privatkräfte nach Belieben auf eigene Faust, sondern mächtige internationale eingestellte Kollektivkräfte mit starkem wirtschaftlichem Rückhalt. So haben sich die Verhältnisse verändert. Man deutet daran, daß der ehemals fast übermächtige militärische Einfluß in der deutschen Politik keine oder nur eine ganz geringe Rolle mehr spielt.

Der lebhafte proletarische Wahlberechtigte muß bemerken, die Verhältnisse mit ganz anderen Augen betrachten als ehemals, und zwar, wie jeder Gegner, von seinem Klassenstandpunkt aus. Er hat in seiner Stellung als Arbeiter an die Urne zu gehen und seinen Elternatelier hinzuwerfen. Das gleiche gilt für die nur ihre Gewerkschaft beanspruchende Partei.

Wenn die Gewerkschaften verlangen, die Arbeiterschaft möge ihr politisches Bekennnis für die Nummer

Sozialdemokratische Partei

abgeben, so tun sie das, weil keine andere politische Partei die Forderungen der Gewerkschaften so rücksichtslos mit Erfolg vertreten wie die genannte. Das mag für politisch anders gesinnte Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen einseitig aussehen, aber es ist keine andere Möglichkeit gegeben, in solcher Lage anders zu handeln. Das ist am 20. Mai als zwingendes Gebot zu beachten.

— x —

Wirtschaftliche Kenntnisse — das stärkste Mittzeug der Zukunft.

Der Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuß) hat ausgedehnte Verhandlungen gepflogen über die allgemeine Gestaltung der deutschen Wirtschaft und über die Handlungen, die sich in letzter Zeit in den wirtschaftlichen Organisationsformen bemerkbar gemacht haben. Über diese Tätigkeit ist jetzt ein Bericht erschienen. Dieser bringt umfangreiches Material über das Problem der Aktiengesellschaften, die Aufgaben des Vorstandes, des Aufsichtsrates usw. Im Rahmen dieser Untersuchungen befindet sich auch ein Kapitel, bestitlt: „Sondervereinbarungen über den Aufsatz des Betriebsrats im Aufsichtsrat.“ Es sind dort außer Unternehmens- und Aufsichtsratsmitgliedern über diese Frage vernommen worden und anschließend daran sind auch einige Betriebsräte gefragt worden, um über ihre Freiheitlichkeit in den Aufsichtsräten Auskunft zu geben. Dabei lagen interessante Ergebnisse über dieses für die Gewerkschaftsbewegung so wichtige Problem aufzutragen. Versuchen wir einen Gesamtüberblick zu geben.

Soweit die Unternehmer und Aufsichtsratsmitglieder in Frage kommen, haben diese nach ihrer Meinung bisher wenig von der Tätigkeit der Betriebsräte im Aufsichtsrat wahrgenommen. Hören wir einige Ausprüche. Beheimrat Louis Hagen, der angeführt 60 Aktiengesellschaften als Aufsichtsratsmitglied angehört, ließ sich u. a. folgendermaßen aus: „Die Mitwirkung der Betriebsratsmitglieder im

Wahlkampf und Religion.

Sobald eine Wahl vor der Tür steht, muß die Religion dem Bürgertum als Mittel zum Zweck dienen. Dann sucht man die religiös führenden Arbeiter durch den Hinweis auf die „Religionsfeindlichkeit“ der freien Gewerkschaften“ einzuschüchtern und sie vor der Wahlparole der freien Gewerkschaften zu erschrecken.

Ist aber jemals von uns ein gehässiges Wort über Religion gesagt? Von uns, denen das heilige, neue, wirtschaftliche Ziel einer Gemeinschaft geradezu die praktische Bewirklichkeit religiösen Fühlens bedeutet?

Es geht uns um einen geschlossenen Kampf der Unterdrückten und um ein schönes, neues Ziel des Menschenvergleichs. Und je mehr jemand in dieses wirtschaftliche Rennen um eine neue Form der Menschheit sein ganzes innerliches Fühlen und Glauben hineinlegt, um so stärker scheint uns die Kraft und das Wollen und der Erfolg zu sein!

Religion, sagt man, heißt Verbindung, weil es von dem lateinischen Worte „religare“, „verbinden“ kommt. Du bist, wenn du religiös bist, verbunden. Mit Gott als Christ. Mit dem Naturlebendigen als Pantheist. Wederfalls verbunden in deiner Seele, wie du auch fühlst. Kann es da wohl ein religiöseres Ziel geben als das der freien Gewerkschaften, die da eine Gemeinschaft erstreben, daß nicht mehr der Mensch zerstört und losgerissen vom Menschen ist, sondern alle vereint sind in einer Gemeinschaft eines Ziels und eines Sinnes?

Welch ein tiefer religiöser Grundgedanke durchdringt dieses unser Gehnen! Gemeinschaft soll sein! Liebe soll die Seele der Ordnung werden! Alle Menschen sollen einander verbunden sein, daß „Verbindung“, daß Religion das praktische Leben werden!

Glaubst du an Gott? Dann mußt du auch an seine Herrlichkeit in einer neuen Verbindung der Gemeinschaft glauben! Und kämpfen! Weil man dich bestämpft. Und dich mit deinen Arbeitsbrüdern, deinen Arbeitschwester geschlossen stemmen gegen die Macht!

Nicht Religion ist das Trennende. Der Mammon trennt. Der Kapitalismus zerreißt. Ein Herren und Knechte. In Höhen und am Boden und Mammonhändler. Über Gott willst du dienen. Und der spricht nur aus einer freien, menschlichen Seele frei.

Du siehst vielleicht, wie Arbeitsbrüder spotten? Ach, es ist Verachtung, die sie treibt. Schau in die Seele des Volkes, und du findest einen tiefen, tiefen Glauben dort. Woran? An das Gleiche, an das du glaubst.

Namen mögen uns trennen. Das Gefühl aber ist gleich bei dir und bei mir. Denn bei dir und bei mir ist Gehnen nach Liebe und Güte und Menschlichkeit. Und Gottlichkeit.

Welche Religion wir auch haben: sie zwingt, wenn sie heilig und tief ist, zur freigewerkschaftlichen Tat. Keift doch die Hütten der Armut und die Schlote der Knechtschaft nieder, daß die Welt zum Dom deiner und meiner Gottheit wird!

Dr. Gustav Hoffmann.

Nun auch Eisenpreishöhung.

Es gibt Länder, s. B. die Vereinigten Staaten Nordamerikas, die haben ihre Löhne und damit ihre Kaufkraft in den letzten Jahren wesentlich erhöht, ohne ihre Produktionspreise erhöhen zu müssen. Teilweise wurden trotz der Lohnhöhungen die Maren billiger.

In Deutschland ist's anders.

Wenn die Preise sprunghaft steigen und die Arbeiter den notwendigen Ausgleich verlangen, flugs sind die Unternehmer dabei und begründen mit den Lohnhöhungen eine Preissteigerung in mehrfacher Höhe der Rohzulagen. Meist aber nur für das Inland, weil die Konkurrenz mit dem Ausland die Reaktion der Exportware nicht duldet. Diese Preissteigerungen für das Inland sollen die Strafe für die „unzufriedenen“ und „unvernünftigen“ Arbeiter sein.

So wurde eine Kohlenpreis- und mit dieser nun auch eine Eisenpreis- und mit diesen beiden dann immer weitere Preishöhungen begründet und durchgeführt. Dann kommt sicher die Tarifhöhung der Reichsbahn, die schon lange angekündigt ist, es folgen alle Lebensmittel und Bedarfsgüter mit Steigerungen. So geht es weiter, bis der Kreislauf wieder von vorne beginnt.

Mit dem Klettern der Preise nach oben sind gewöhnlich eine große Menge Konflikte, Geschäftsaufzügen, Zusammenbrüche, Vermehrung der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit, Steigerung des Not, des Glends, der Soziallasten verbunden, und das Bildnis der letzten Jahre beginnt wieder. Das ist dann Wirtschaft getrieben. Man kann es jedoch heillose Wirtschaft nennen. Die „Fachleute“ und „Wissenschaftler“, die „Autoren“ und „Kritiker“ dieser Wirtschaft ziehen dann die Denkschriften in Falten, schreiben theoretische Abhandlungen, konferieren und diskutieren und vergessen das Handeln, angedeutet deshalb, weil dann die Zustände zugunsten des Volkes und der arbeitenden Schichten geändert werden müssten. Daraus ist Ihnen nichts gelegen, denn Geschäfte werden trotzdem noch gemacht. Die Glücksspieler in der deutschen Wirtschaft geht eben so weiter.

Also her mit den Eisenpreishöhungen, die anderen folgen nach, das ist das A und O der deutschen „Wirtschaft“.

aber eins klar hervor, daß sie sich vor dem Augenblick fürchten, wo die Betriebsräte in der Lage sind, in das Wirtschaftsgetriebe besseren Einblick zu nehmen.

Es ist natürlich von Interesse, welche Maßnahmen die Betriebsräte selbst gemacht haben. Aus den Neuerungen der vorgenommenen Betriebsräte gehen wir folgendes hervor: Der Vertreter der Arbeiterschaft der Siemensbetriebe macht längere Ausschüsse über seine Erfahrungen und erklärt, daß die sozialpolitischen Fragen naturgemäß im Vordergrund stehen müssen. Die rein kommerziellen Fragen des Unternehmens mögeln für die Betriebsratsvertreter im Ausschuss schon deswegen zunächst in den Hintergrund treten, weil wohl nur die wenigsten Betriebsratsmitglieder, die neu zu einer Ausschusstatigkeit kamen, so eingebildet und vermeilen waren, anzunehmen, daß sie in der Lage wären, besondere Vorschläge durch die Entwicklung eines modernen Großbetriebes machen zu können. Trotzdem haben sich die Betriebsratsmitglieder auch mit diesen Fragen beschäftigt, wenn sie durch ihre Wahl längere Zeit einem Ausschuss angehört haben... Der geringere oder stärkere Einfluß wird zweifellos immer von der verfolgten Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder abhängen und vor allen Dingen von der Tatsache, wie weit es ihnen gelingt, sich durch Verbindungen innerhalb einer Gesellschaft die Kenntnis der Geschäftsvorhaltsfrage zu verschaffen. Neben die Methoden, wie die Ausschusstatistiken abgehalten werden, äußert sich ein Betriebsratsmitglied einer chemischen Fabrik folgendermaßen: „Die Sitzungen sind außerordentlich kurz und gehen sehr schematisch vor sich. Selbst die Ausschusstatistiken haben keinen Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, die Beschlüsse werden vorgelegt, vorgelesen, und anschließend daran heißt es gleich: Widerspruch erhebt sich nicht, die Sache ist genehmigt. Will ein Mitglied sich zum Worte melden, dann heißt es, daß Debatte ist geschlossen.“

Überzeugt stimmen haben die Betriebsräte vor dem Enquetekomitee erklärt, daß die Vertretung der Arbeiterschaft im Ausschuss sehr wichtig ist, weil nur so wichtige Informationen zu erlangen gewesen seien. Bezeichnenderweise hat das kommunalpolitische Mitglied des Enquetekomitees, Roenne, durch Fragen immer wieder feststellen versucht, ob die Betriebsratsmitglieder nicht in ihrer Eigenschaft als Betriebsräte zu den gleichen Resultaten kommen könnten. Von jedem der Befragten wurde dies verneint. Sehr interessant ist die Meinung eines Betriebsrates, die vielleicht den Schlüssel zu der ganzen Frage bildet: „Es ist selbstverständlich, daß man sich erst auf den Dingenboden legen muß. Wenn jemand längere Zeit im Ausschuss sitzt, kann er nach einer Meinung da auch praktische Arbeit leisten. Aber da kommt es gerade bei unseren eigenen Kollegen, daß es nicht danach geht, ob man sich dazu eignet. Da kommen gerade die Freunde von Herrn Roenne, die uns da Schwierigkeiten machen. Wenn man zu sagen weiß: du gehst da nur einmal hin und das nächste Mal nicht wieder, dann ist ja alle Zeit die man auf das Studium der Dinge verwendet, verloren.“

Das A und O alles dessen sind wirtschaftliche Kenntnisse. Die Personen, welche über diese in ausreichend Weise verfügen, sind sowieso dazu gefäß. Der Arbeiterschaft kann man ihre Wissensfähigkeit nicht zum Gewinn machen, denn sie haben nur geringere Schulbildung genossen. Aber je mehr die Gewerkschaften zu höheren Zielen kommen und ag Wirtschaftsfaktoren eindrücken, so mehr sind wirtschaftliche Kenntnisse im gewe-

schäftlichen Kampf eine unabdingbare Notwendigkeit. Die Untersuchungen des Enquête-Ausschusses haben aber auch klar erwiesen, daß die Arbeiterschaft bei der Auswahl der Betriebsratsmitglieder verfügt zu Werte gehemmt ist. Nicht jeder eignet sich zu diesem Verantwortungsvollen Amt. Der Einfluß der Arbeiterschaft in den Betrieben wird mehr und mehr zur Personensfrage. Wissen ist Macht! Dieses Wort des alten Liebnecht hat niemals eine bessere Berechtigung erfaßt als bei den Fragen über den Einfluß der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Die Gewerkschaften müssen schleunigst dafür sorgen, daß die auf vorgeschobenen Posten stehenden Mitglieder in wirtschaftlichen Dingen besser geschult werden.

Zusammenbruch der Radeberger Tafelglasindustrie.

Mit der Erfindung der Tafelglasmalchine beginnt das Schlüsselkapitel der Geschichte der Radeberger Tafelglasindustrie. Der ersten Teil die Geschichte der Gründerzeit ist. Es ist zugleich der Roman einer Stadt und der Roman einer Familie, der "Hirschle Hirsh", ein Roman, den ein Dichter gestalten möchte. Mitglieder der vielverzweigten Familie Hirsh sind Gründer, Besitzer, Aktionäre, Direktoren der Radeberger Glasfabriken. Abkömmlinge dieser Familie sitzen überall in der kleinen Stadt. Es gibt in dieser Familie einen Kommerzienrat, der der Stadt das Denkmal König Alberts auf dem Marktplatz stiftet und eine Woche nach der feierlichen Einweihung die Ehrendoktorenhöfe der Glashüttenarbeiter errichtet; es gibt einen Außenseiter, der sich nicht in die Familie einzufügen vermögt und nach eines Tages erscheint. Der Name Hirsh leuchtet in Goldschrift an den Fabriktores, und er steht an der Tür der Familie, in der die Glasmoden nach der Arbeit vor der Osenhölle ihren Durst löschen. Der wirtschaftliche Kampf trennt miteinander, was verwandtschaftlich verbunden ist; verwandte stehen sich als Konkurrenten schroff gegenüber. Im kommunalpolitischen Leben der Stadt spielen die Hirsche eine Rolle, von der die Arbeiter grossendurch erzählen.

In Radeberg brannten vor dem Kriege neunzehn Ofen, in Arnsdorf zwei. Die Firmen hießen: W. Hirsh, M. und E. Hirsh, G. Hirsh, Hirsh & Petrich. Radeberg war weltbekannter Vorort der deutschen Tafelglasproduktion.

Da wurden die ersten Tafelglasmalmaschinen aufgestellt. Die Firma Lippsold & Müller in Pirna machte 1923 die ersten Versuche, Fensterglas aus moosgrünem Bege herzustellen. Die Versuche schlugen fehl; die Firma machte bankrott und ging in die Hände der Siemens-Glas-A.-G. über. Die Versuche wurden endlos fortgesetzt. Die Radeberger Hirsche jahren röhig an; sie vertreten die Qualität ihres unumstrittenen Glases. In einer auch sonst spürbaren konserватiven Geprägung dachten sie auch dann noch nicht an die Umstellung der Produktionsmethode, als die Leistungen der Ziehmaschine die alte Handwerksweise ernsthaft zu bedrohen begannen. Als 1921 die Glashütte von Kühnert mit 150 bis 200 Arbeitern, die einzige Hütte, in der nicht die Hirsche regierten, stillgelegt wurde, war das ein erstes Zeichen. Es blieb unbeachtet. Aber es war wohl auch schon eine Wirkung der Maschine, als vor einigen Jahren die Firmen W. Hirsh und M. und E. Hirsh ihre Betriebe zumonatelegen und dabei einige Seiten anderer Betrieb festsetzen. Im Herbst 1927 kam die Arnsdorfer Linie von G. Hirsh zum Erliegen. Ihr Kredit war zu Ende, und sie konnte die Löhne nicht mehr auszahlen; die Arnsdorfer Glasacher ziehen mit rätselhaften Lohnforderungen bis zu 300 RM dem Konkursverwalter gegenüber. Jetzt begann die Krise. Die maschinennahme der Herstellung des Tafelglases erzielte bessere Ergebnisse. Die schon vorher im Syndicat der Glashütten- und in der mit ausländischen Kapital finanzierten Deutschen Libbey-Owens-Gesellschaft organisierten Walzdruckglashäfen schlossen sich zu einem Kartell Deutscher Walzdruckglashäfen zusammen. Als Ende vorigen Jahres des Walzdruckglases — vielleicht durch planmäßige Kampfpreise des Kartells — einen starken Preissturz auf dem Tafelglasmarkt herbeiführte, konnten die Radeberger Fabrikanten nicht mehr mit. Sie hatten den richtigen Zeitpunkt der notwendig gewordenen Produktionsumstellung verpasst; aber überhaupt nicht erkannt wollen; jetzt war es zu spät. Nun brach die Doppelfirma W. Hirsh und M. und E. Hirsh im Konkurs zusammen. Dann kam auch die am besten fundierte Hütte Hirsh & Petrich zum Stillstand. Seit Mitte Januar b. J. liegen sämtliche Radeberger Tafelglashütten still. Die Ofen sind erloschen, das Glas in den Hütten ist für immer erstorben. Die Hirsche stehen wie die eingesetzten Dienstboten verwirrten und anstrengten in den Stufen. Ein kalter Schatten der hohen Hüttenfäden zieht über die Stufen, die Glasmacher gehen stampfen, und in den Kontoren regiert der Konkursverwalter. Die Radeberger Tafelglasindustrie existiert nicht mehr.

Die Wirkungen für die Stadt sind schwer. Die verhältnismäßig hohen Gehüte der Glashüttenarbeiter spielen im wirtschaftlichen Leben einer Stadt mit 15.000 Einwohnern eine wesentliche Rolle; der plötzliche Ausfall wird ganz allgemein empfunden. Nur leben die Glashüttenarbeiter mit ihren Familien der Glashüttenarbeiterfürsorge zur Last. Einige jüngere Arbeiter sind nach auswärtis gegangen, einige andere haben anderen Erwerb gefunden. Das Gros geht stampfen; 320 bis 330 Glasarbeiterfamilien werden aus örtlichen Mitteln unterstützt. Was aus ihnen werden soll, ist noch eine schwere Sorge. Es sind Unschuldsglorie eingetragen worden. Aber es stellen sich wiederholt die älteren Arbeitnehmer der Glashüttenindustrie — die noch arbeitende Sächsische Glashütte in Blaustein stellt nur Holz- und Pressglas her — haben berechtigte Sorge, daß sie aus den jüngeren neugewählten Frauen verdrängt werden können. Gleiche Bedürfnisse bestehen für andere Berufe. Außerdem für die Kaufmännischen Berufe im Radeberger Bezirk so ziemlich einschließlich. Auch andere Fabrikarbeiter sind. Die Tore zu Radeberg sind ohne Industrie; die Stadt liegt in einem rein landwirtschaftlichen Gebiet, dessen Industrierohstoffe fast nur am Radeberg angewiesen ist. Es gäbe aber im Bezirk Radeberg, der außer der Stadt 15 Gemeinden umfasst, gegenwartig 1200 Erwerbstlose, von denen 70 Prozent auf die Stadt entfallen.

Die Arbeitskräfte früherer Zeiten brachten es mit sich, daß die Glashüttenarbeiter für die Glasmacher taten. Der Faktor arbeitete tags lang bei Arbeitern der Porzellanmanufaktur. Hier verloren sie denn die Glasmacher folgen zu konkurrieren, und die Glasmacher haben keine Fertigkeiten, die es vorschriftsmässig erfordert. Die Glasmacher haben eben von den in Konkurrenz stehenden Fabrikarbeiten nichts zu fordern. Was liegt daran? Sicher nicht an den Glasmachern, die hätten gegen die Fertigkeiten nichts zu protestieren? Sie haben Geld zu beschaffen und müssen tönen? Der Konkursverwalter aber hat die Fertigkeiten gefragt und droht mit der Nötigung. Wenn er will das Glas herstellen lassen, weil er die Fertigkeiten der Glasmachern nicht bezahlen kann. Die Fabrikarbeiter sind durch das Rechtsschutzgesetz geschützt; sie arbeiten im Range der Konkurrenzberufe und bezahlen bis Ende September ihr monatliches Gehalt. Auf den Beamten gelten auf die Glasmacher mit hoher Strafe. Ein Glasmacher, welcher bei Radeberg tätig ist, befindet auf dem Wege Hirsh für Glasmacher. Sie sind unerreichbar, denn sie sind kein Fertigkeiten. Sie in Radeberg eingesetzte Firma hat aber eine Klage aufgestellt. Es heißt keine Glasmacher. Die Glasmacher aber

sollen die Werkwohnungen räumen und wissen nicht, wann sie ihren rückständigen Lohn bekommen, und wieder sie bekommen werden. Sie sind erbittert. Ihre Firma richtet sich gegen den Konkursverwalter, der nichts anderes tun kann, als ihnen zu erklären, daß ihre Lohnforderungen bevorrechtigte Forderungen sind, daß die Arbeiter Gläubiger sind, die befriedigt werden müssen, sobald die Mittel dazu vorhanden sind, daß die Arbeiter aber zugleich als Mieter Schuldner und ihre Wohnungsmieten Masseschulden sind, die eingetreten werden müssen, um so sieht es für die Arbeiter aus — den Kollegien die Gehälter zahlen zu können. Im Roman dieser Stadt wäre eine solche Szene denkbar, in der der Konkursverwalter sich für eine Schule, die nicht seine Schule ist. Aber die Arbeiter sind diszipliniert. Mit leeren Taschen vor leeren Tischen stehen sie da und bemühen sich, ihre Stolle in diesem Roman zu begreifen, ihre Rolle, Schuldner und Gläubiger zugleich zu sein.

Was ist zu tun? Die Tafelglasindustrie in der alten Form ist für alle Seiten erledigt. Die brotlos gewordenen Arbeiter leiden, und die Stadt leidet mit ihnen. Es wäre möglich, in einer der erhaltenen Hütten Wannenöfen und Ziehmaschinen aufzustellen, um der Stadt ihre alteingesessene Industrie wenigstens zum Teil zu erhalten. Es gilt vom Kartell eine Lizenz für Radeberg zur Rüststellung einiger Ziehmaschinen und zur maschinellen Produktion von fünf bis zehn Prozent des deutschen Bedarfs an Tafelglas zu erhalten. Das könnte vielleicht durch Verhandlungen erreicht werden. Havar sind Kräfte im Hintergrunde wirksam, die das verhindern möchten; ihnen kommt die Vernichtung der Radeberger Konkurrenz nur gelegen. Aber ihnen gegenüber stehen brotlose Arbeiter, steht eine mitleidende Stadt, steht der jüdische Staat, dem der bedeutende wirtschaftliche Ausfall, den der Zusammenbruch der Radeberger Glasindustrie für Sachsen im Gefolge hat, nicht gleichgültig sein kann, steht das Reich, das an dieser Krise mit fährlich rund 300.000 RM aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge interessiert ist. Über die Verhandlungen komplizieren sich Schwierigkeiten treten aus dem Gewirr der Verknüpfungen hervor. Und am Ende longer Beratungen ist das Hindernis, vor dem man steht, nicht niedriger geworden.

Am Rande der Stadt liegen die Hütten stumm und fast. An den Schuttbergen glänzen erstarnte Glasflüsse wie Reste militärischer Ausbrüche. Die Firmenanschrift an der Bahnanfront einer Glashütte ist mit dem Mauerputz schon halb abgefressen. Dafür leuchtet darunter das ganz neue Schild einer anderen Firma: Abbruchunternehmungen von Soundso — Ein Symbol.

Auf dem Bahnsteige wartet ein kleiner, dicker Mann mit einer großen Ledernen Aktentasche auf den Zug. Es ist der Konkursverwalter ... Edgar Hähnewald.

Lohnhöhung in der Porzer Spiegelglasindustrie.

Auf die Lohnforderung der Gewerkschaften hatte die Firma in Porz geantwortet, daß unter den schwierigen Verhältnissen eine Erhöhung der Löhne nicht eintreten kann. Die Firma stellt sogar in Aussicht, daß die Betriebsabteilungen, die am höchsten bezahlt würden, einen Lohnabbau hinnehmen müssten.

In einer Belegschaftsversammlung hat sich die Arbeiterschaft mit dem Ergebnis der Verhandlungen beschäftigt und die Gewerkschaften beauftragt, den Schlichtungsantrag einzureichen. Der am 23. April b. J. stattgefundenen Verhandlung vor dem Schlichtungsantrag wurde nach einer vierstündigen Verhandlung folgender Schiedsspruch verkündet:

1. Ab 1. Mai 1928 werden die durch Schiedsspruch vom 14. Juni 1927 sowie durch Abkommen vom 24. März 1927 festgesetzten tariflichen Stundenlohn in folgender Weise erhöht:

Auf den Stundenlohn von 65 Pf. erfolgt eine Erhöhung von 12½ Proz. auf die Stundenlöhne von 67 bis 71,7 Pf. eine solche von 10 Proz. auf die Stundenlöhne von 71,7—81 Pf. eine solche von 9 Proz. und auf die höher liegenden Schüle eine solche von 8 Proz. Die Löhne der Jugendlichen bleiben im gleichen Verhältnis wie bisher. Abtunung: Bis 0,21 bzw. 0,74 Pf. nach unten auf voll oder halb von 0,25 bzw. 0,75 Pf. nach oben entsprechend Verhältnisziffern bestehender Lohnjahre dürfen durch diese Regelung nicht eintreten.

2. Die bereits am 1. Dezember 1927 gewährte Zulage von 5 Proz. wird auf obige Zulage angerechnet.

3. Das Abkommen kann mit sechswochentlicher Frist erstmals zum 30. April 1929 gekündigt werden und läuft im Falle der Nichtkündigung um je drei Monate weiter.

4. Erklärungstermin ist Mittwoch, den 2. Mai 1928, mittags 12 Uhr, beim Schlichtungsgericht in Köln.

gez. Burnieden.

Der Schiedsspruch sieht nominell eine Lohnhöhung vor, die aber praktisch eine ganz andere Auswirkung hat. Die im Dezember b. J. auf die bestehenden Tariflöhne gewährten 5 Proz. Zulagenhaltung sind darin mitenthalten, so daß in Wirklichkeit eine Erhöhung von 3—7 Proz. eingetreten ist. Die oberen Gruppen haben niedrigere Prozentzüge erhalten, während die unteren Gruppen in der Spitze mit 7 Proz. abgeschnitten haben.

Die Arbeiterschaft hat sich in einer Betriebsversammlung mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigt und hat trotz schwerster Bedenken dem Schiedsspruch ihre Zustimmung erbracht. Das Schiedsgerichtsabkommen ist durch diesen Schiedsspruch aufgehoben und in den Gesamtlohnatlas übernommen worden. Die Zulagen für die ungelerten Arbeiter betragen (Hofarbeiter) von 70,— während die angeleuteten und Facharbeiter zwischen 85—95 Pf. erhalten. Darüber hinaus werden noch Zuschläge zum Mindestlohn gezahlt, die zwischen 9—12 Pf. pro Stunde und darüber liegen.

An der Arbeiterschaft liegt es nun, aus dieser Bewegung die notwendige Lehre zu ziehen. Die Firma wollte die Löhne abbauen. Durch das Eintreten der Gewerkschaften ist es möglich geworden, das zu verhindern und darüber hinaus eine Lohnentwertung durchzuführen. Rechnet man die im Dezember eingetretene Lohnhöhung hinzu, so wird jeder einfache Arbeiter anerkennen müssen, daß der Verband innerhalb der vier Monate fruchtbringende Arbeit für die Belegschaft geleistet hat. Diese Arbeit wäre noch extremreicher gewesen, wenn die gehörige Belegschaft im Keramischen Bau eingesetzt wäre. Diese Aufgabe zu erfüllen, muß das Ziel aller organisierten Arbeiter sein. Deshalb rufen wir euch zu: in in den Keramischen Bau!

B. Hartwig.

Lohnbewegung im Glasher und Riesengebirge.

Die Lohnabschöpfungen für die Kristallglasindustrie sind in beiden Gebieten gefunden. Während die Arbeiterschaft erhebliche Verbesserungen der tariflichen Grundlagen fordert, sind an den Arbeitgebern unglaubliche Bohnerabfänge eingetragen worden, so daß in seinem Falle eine Verbesserung möglich war. Die in den letzten Tagen gefallenen Schiedssprüche sind für die Arbeiterschaft unannehmbar. Wöhrend in der Grafschaft Glashütte die Allordarbeiter ganze 3 Proz. Gehalte erhalten sollten, bekommen diese Gruppen im Riesengebirge nichts! Der Gehalt bei den Zeitlohngruppen soll sich in der Grafschaft Glashütte um 5 Pf. im Riesengebirge um 2 Pf. bei Gruppen um 1 Pf. erhöhen. Das ist der Tenterung ausgleich, wie ihn der Schlichtungsantrag zugehenden hat. Gestanden wird dieser Standard mit den augenblicklichen möglichen Verhältnissen in der Kristallglasindustrie, der teilweiseen Stilllegungen und der Kurzarbeit. Der Abschluß für eine lange Zeit wird aber abgelehnt, so daß die Arbeiter schwärzen werden müssen, in bei Zeit eines guten Geschäftes

ganges sich mit den getroffenen Abschöpfungen abzufinden. Den Versammlungen hat es nur eine einmütige Zustimmung der Kollegenschaft gegeben: Ablehnung der Schiedssprüche!

An alle Kollegen richten wir die Bitte: Unterlassen sie Arbeitsangebote nach den beiden Kristallglasbezirken!

Erst Stilllegung, dann Lohnabbau.

Nach dieser Parole scheint die Aktiengesellschaft für Kristallglasindustrie in Voigtsdorf im Riesengebirge verfahren zu wollen, wie aus den Mitteilungen verschiedener Kollegen hervorgeht. Wegen Mangels an Aufträgen ist das Werk zurzeit stillgelegt. Der bisherige Vorsitzende des Betriebsrates soll nicht wieder eingestellt werden, er muß daher die Werkzeuge aus dem Betriebe räumen. Nach der Meinung des Betriebsleiters soll er derjenige sein, welcher den Verstümmelungen der Arbeitsverhältnisse und den sonstigen Maßnahmen des intelligenten Herrn im Wege steht.

Inzwischen sollen einzelne Schleifer gewonnen werden, einem Lohnabbau anzustimmen, und als Belohnung werden sie bald wieder Arbeit erhalten. Die Firma verlangt, daß 10 Prozent billiger gearbeitet werden soll! Und das zu einer Zeit, wo zu grösserer Teil die billigsten Muster gearbeitet werden, wobei die Kollegen ohnehin nicht viel verdienen können.

Von allen Kollegen wird diese schändige Handlungsweise der Firma abgelehnt. An alle Kollegen der Kristallglasindustrie richten wir die bitte: Unterlassen sie Arbeitsangebote nach den beiden Kristallglasbezirken in Voigtsdorf (Riesengebirge) und Hirschberg (Sachsen) an die Gauleitung in Hirschberg (Sachsen), Berlin, Wilhelmstr. 69a) zu machen.

Warnung!

Achtung, Kristallschleifer, Achtung! Bei der Firma Hauß & Co., Kristallglasfabrik, Hainau, sind die Kollegen sämtlich gefündigt, da die Firma an Stelle des bisher gezahlten Halblohnes einen erbärmlichen Allord aufmerksam gemacht, noch von dieser angenommen werden!

Wiesbaden.

Seit dem 28. April befinden sich die Glasschleifer der Firma Weingärtner in Wiesbaden im Streit. Die Firma versucht, in der Zeitschrift "Diamant" arbeitswillige Glasschleifer und Polierer zu werben. Wir mahnen die Kollegen darauf aufmerksam. Es dürfen weder Arbeitsangebote an die Firma gemacht, noch von dieser angenommen werden!

Frauenau.

Achtung! Glasmacher, Schilfse, Scheibenfleifer und Angler. Die Kristallglasfabrik Fidit in Frauenau ist für alle Glasarbeiter geöffnet wegen Entlassung unserer Funktionäre. Vor Zugang wird gewarnt. Streit steht bevor.

Die Betriebsleitung.

Kann Porzellanimäler zugemutet werden, im Brennhaus zu arbeiten?

Von W. Martin, Hermsdorf (Sachsen).

Ein unserer Fleischarbeitervertrag ist die Bestimmung enthalten (§ 24), daß Arbeiter für eine andere Berufsgruppe verfehlt werden können. Der § 24 regelt in solchen Fällen die Entlassung während der betrieblichen Kündigungszeit. In einer Reihe von Arbeitsordnungen sind Bestimmungen getroffen, daß der einzelne Arbeiter auf Arbeiten verzichten muss, die nicht gerade in sein Fach eingeschlagen. Solche Schönheitsfehler geben oftmals Veranlassung zu betrieblichen Anseineideleien und schließlich zu Einzelkündigungen. Ein solcher Fall, der dazu noch Allgemeinbedeutung hat, weil es sich um einen Porzellanimäler handelt, lag dem Landesarbeitsgericht Zwickau vor. Ein Kollege aus Gräfenroda (Thür.) sollte im Brennhaus nachdem er gekündigt worden war, weil angeblich in der Schablone getreten war, seine zweijährige Kündigungszeit im Brennhaus abarbeiten. Er sollte dort mit füllen helfen. Der Kollege weigerte sich und begründete seine Weigerung damit, daß er bei dieser Arbeit schwere Hände erhalten kann und ferner sei die Arbeit mit dem Umgang der groben Fässeln dazu angeleitet, rissige Hände und Finger zu erzeugen. Er könne dann nicht wieder über nur sehr schwer als Porzellanimäler unterkommen. Die Firma Weimarische Werke (E. & C. Castens) in Gräfenroda mitteilt diesem Kollegen trotzdem die Arbeit zu und durch Wortwechsel wurde der Kollege nicht weiter beschäftigt.

In der ersten Instanz erhielt der Kollege Recht, er habe Anspruch auf Lohn während der Kündigungszeit. Das Landesarbeitsgericht als Berufungsinstanz untersuchte eingehend an Hand von Gutachten und aus Eigenem die Frage, ob die Arbeit einem Porzellanimäler zugemutet werden könnte. Die Frage, ob er nur für eine bestimmte Arbeit, nämlich Schabloniieren oder auch Malen eingestellt war, ob ferner die Betriebsfähigkeit, daß der einzelne Arbeiter unter Umständen zu allen Arbeiten herangezogen werden kann, verhindern sei, kommt erst in sekundärer Linie in Frage. Man muß mit Recht davon ausgehen — und das hat das Landesarbeitsgericht erfreulicherweise getan — an unterjachen, ob das spätere Fortkommen des Facharbeiters erachtet wird. Diese Rechtsausschaffung ist ja auch im "Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" enthalten, denn auch kann man einem Facharbeiter erst nach neun Wochen unterjährig berechtigter Erwerbslosigkeit zumuten, Arbeiten anzunehmen, die ihm in seinem Berufe hinderlich sind. (§§ 90, Biff. 2, 91, Biff. 5 G. u. A. u. A. vom 16. Juli 1927.) Lassen wir aber die Urteilsbegründung auszugweise selbst folgen:

"Alle Gutachten gehen übereinstimmend dahin, daß es nicht üblich ist, Maler — wenn auch vorübergehend — in der Brennholz zu beschäftigen. Wenn auch der Käger im Betrieb der Verlagten als Schablonierte beschäftigt worden ist, so war er doch getoter Feinmaler — und hat auch nur kurzer Zeit, nach dem Ausscheiden bei der Verlagten wieder unter Arbeit gefunden.

Nach § 242 BGB. hat der Schuldner die Leistung so zu bewirken, wie es Trenn und Glauben mit Rücksicht auf die Berufssitte erforderlich. Gelernte Arbeiter brauchen im allgemeinen nur die in dem betreffenden Betriebe gebildet zu sein und darüber hinaus eine fortwährende Erfahrung in der Fertigung zu haben. Der Käger hat die Fertigkeiten der Schablone bei der Firma Glashütte erworben. Derartige schwere Arbeiten sind ein Maler nicht gewohnt. Bei dieser schweren Arbeitsmethode sind Verlebungen der Hände, zum mindesten ein Hälfte werden der Hände unvermeidlich. Der Käger beschäftigte mit Recht spätestens, wenn auch nicht vorübergehend, in der Brennholz. Der Käger hat die Färberei mit füllen, Gekochern der Färbefässeln beschäftigt worden. Derartige schwere Arbeiten sind ein Maler nicht gewohnt. Bei dieser schweren Arbeitsmethode sind Verlebungen der Hände, zum mindesten ein Hälfte werden der Hände unvermeidlich. Der Käger beschäftigte mit Recht spätestens, wenn auch nicht vorübergehend, in der Brennholz. Der Käger hat die Färberei mit füllen, Gekochern der Färbefässeln beschäftigt worden. Derartige schwere Arbeiten sind ein Maler nicht gewohnt. Bei dieser schweren Arbeitsmethode sind Verlebungen der Hände, zum mindesten ein Hälfte werden der Hände unvermeidlich. Der Käger beschäftigte mit Recht spätestens, wenn auch nicht vorübergehend, in der Brennholz. Der Käger hat die Färberei mit füllen, Gekochern der Färbefässeln beschäftigt worden. Derartige schwere Arbeiten sind ein Maler nicht gewohnt. Bei dieser schweren Arbeitsmethode sind Verlebungen der Hände, zum

Das Landesarbeitsgericht für Thüringen in Jena hat einen Urteil über die Beschäftigungsmöglichkeit der Porzellanmaler abgegeben, das für ganz Thüringen und damit für fast die Hälfte der Porzellankörper überhaupt güllich ist. Interessant wäre die weitere Frage, ob man einem Porzellanreher die groben Arbeiten in anderen Betriebsabteilungen übertragen kann. Wir glauben, daß auch ein Porzellanreher unter Umständen solche Arbeiten verweigern darf. Vielleicht findet sich ein Kollege, der einen solchen Streitfall zum Auftrag bringt, dann ist mit dem Nutzen der betrieblichen Erhebungen in anderen Abteilungen aufgeräumt werden kann. Man nimmt in gewissen Seiten solche Verhältnisse optimal zu dem Zweck vor, den Belegschaften Arbeitsmangel vorzutäuschen, damit der Kampfesmut der Kollegen beeinträchtigt werden soll.

Mit dem vorgenannten Urteil ist zunächst für die Malskollegen mancher Streitpunkt gellert und die Arbeiterräte müssen bei betrieblichen Verschwendungen von Kollegen in andere Abteilungen von dem Urteil genügend Gebrauch machen. Es empfiehlt sich auch, bei den nächsten Reichstagsverhandlungen Rauten zu schaffen, die geeignet sind, solche Streitpunkte, die leider nur zu einem verschwindend geringen Teile zum Ausgang kommen, zugunsten der Kollegen durch die Betriebsvereinbarungen zu erledigen.

Die feinkeramische Industrie in Bayern.

Das bayerische Porzellanindustriegebiet in Oberfranken und der Oberpfalz ist das bedeutendste in Deutschland. Dort waren, mit Ausnahme des Coburger Bezirks, im Jahre 1927 insgesamt 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, davon durften 45 Prozent weibliche Arbeitskräfte sein. Die bayrische Porzellanindustrie ist in ihrer Entwicklung die beweglichste. Das zeigen einmal die dort unternommenen technischen Versuche in der Porzellanerzeugung und dann die vor sich gehende Konzentration. Im Jahre 1927 schlossen sich die Kahla A.-G., die Porzellanfabrik G. & A. Müller in Schönwald und die Porzellanfabrik Schönwald A.-G. in Schönwald und Arzberg enger zusammen. Auf der diesjährigen Frühjahrsmesse war der Zusammenschluß soweit gebiehen, daß die Porzellangeschirrfabriken des Kahla-Konzerns gemeinsam in einem neuartigen Verkaufsraum ihre Kunden empfangen und Bestellungen entgegennehmen konnten. Mit dem Abschluß der genannten Fabriken erhält die Kahla A.-G. einen Anwachs von sechs Betrieben mit 40 Stunden und 2000 Beschäftigten. Weiter bildete sich eine große neue Gruppe von Porzellanfabriken unter der Führung von Lorenz Hirschenthaler in Selb, dazu gesellten sich Gebr. Baumer, Porzellanfabrik A.-G. in Weiden, und die Porzellanfabrik Tirschenreuth in Tirschenreuth. Diese drei Firmen sind die bedeutendste Zusammensetzung der Qualitätsgeschirrindustrie. Sie haben 60 Brennöfen mit 3600 chm Rauminhalt in Benutzung und die hauptsächlichsten Rohmaterialien zur Porzellanerzeugung im eigenen Besitz. Ferner war zu beobachten, daß die Porzellanfabriken Heinrich & Co. in Selb, die Porzellanfabriken der Winterlings in Marktsteft, Röslau, Kirchenlamitz und Schwarzenbach und die Porzellanfabrik Zeh, Scherzer & Co. in Neubau immer enger zusammen arbeiten. Diese Betriebe beschäftigen 2800 Personen und haben 48 Rund- und 2 Tunnelöfen, insgesamt also so viel wie 68 Rundöfen. Die Firma Zeh, Scherzer & Co. stellte sich in ihrer Produktion im Jahre 1927 mehr auf Qualitätsgeschirre um, so daß die Heinrich-Winterling-Gruppe in Qualitätsgeschirr und in Exportware eine ausschlaggebende Zusammenfassung wurde. Ein ähnliches Zusammensetzen machte sich auch bei den Fabriken Porzellanfabrik Mittelteich A.-G., Porzellanfabrik Schirnding A.-G. und, wenn wir recht vermuten, bei der Porzellanfabrik Karl Schmid in Arzberg bemerkbar. Die Mehrzahl der größten bayerischen Porzellanfabriken ist somit konzernmäßig zusammengeschlossen.

Von den 26.000 bayerischen Porzellanarbeitern kommen 18.000 auf Oberfranken und 8000 auf die Oberpfalz, sowie den südlicheren Teil Bayerns. 22.000 sind in der Porzellangeschirrindustrie, 3000 in der elektrotechnischen Porzellanindustrie für Hoch- und Niederspannung, die restlichen 1000 in der Steingutindustrie und in den Malereien beschäftigt. Einige Hundert kommen auch noch für die Zier- und Luxusporzellanbetriebe und -abteilungen in Betracht.

Von den 86 Betrieben sind 63 Porzellangeschirrfabriken, 15 fabrizieren elektrotechnisches Porzellan, 2 gehören zur Steinzeugbranche und 1 ist eine Luxusporzellanfabrik, und zwar in Rottau. Außerdem wurden 21 Malereien gesäßt. In der Porzellangeschirrindustrie brennen 405 Rund- und zwei Tunnelöfen. In der bayerischen Porzellanindustrie wurden in einer Woche 450 Brennöfen gebrannt.

Die abhängige Wochenarbeitszeit hatten im Jahre 1927 rund 20.000 Beschäftigte, d. h. 77 Prozent. Für 5200 Beschäftigte oder 20 Prozent betrug die Arbeitszeit mehr als 48 Stunden, bei 800 oder 3 Prozent weniger als 48 Stunden. Verkürzte Arbeitszeit von 40 Stunden besteht schon monatelang bei den Chemie- und Gläserwerken, Abteilung Porzellan in Waldkirchen. Dieser Betrieb fällt in der gutbeschäftigten bayerischen Porzellanindustrie aus dem Rahmen.

Seit Mitte des Jahres 1927 suchen die Porzellanfabriken in Bayern Arbeitskräfte, vor allem Mädchen, für fast alle Abteilungen. Das Interesse in bürgerlichen Zeitungen anderer bayrischer Gebiete wie erschöpft, aufsehend sind die Werbungen in den Fabrikberichten nicht so verloren, daß sich freudige weibliche Arbeitskräfte davon richtig nützen und lieben können. Ob aber der Mangel an weiblichen Arbeitskräften allein an der Wohnfrage liegt, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Ein Betrieb ging dazu über, für auswärtige Arbeiterinnen ein Eigenheim zu errichten.

Von den 86 Porzellanfabriken gehören 62 dem Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie als Mitglieder an, sie beschäftigen 22.500 Personen. Der hauptsächlichste Teil der Arbeitgeber ist also organisiert und, soweit sie nicht ihrer Organisation angehören, stehen sie ganz auf dem Boden der anderen Unternehmer gegen die Arbeiterschaft.

Die wirtschaftlichste Art der bayerischen Porzellanindustrie sind Selb mit 11 Fabriken und 4700 Beschäftigten, Weiden mit 3 Fabriken und 1900 Beschäftigten; dann folgen Arzberg mit 4 Fabriken und 1700 Personen, Schönwald mit 5 Fabriken, in denen 1840 Personen tätig sind, Marktredwitz mit 2 Fabriken, Waischen mit 3 und Neubau mit 2 Porzellanfabriken.

Das Jahr 1927 brachte im zweiten Halbjahr der bayerischen Porzellanindustrie einen Aufschwung, der bis zur Zeit noch anhält. Alle Fabriken, die unter einer zentralen Leitung standen, hatten vollaus zu tun.

Wiesbaden.

Die Ausstellung "Das deutsche Porzellan" wurde am 5. Mai im Pauli-Lädlebchen eröffnet. Die Eröffnungsrede hielt der Wiesbadener Oberbürgermeister Dr. Dräger. Außerdem sprachen u. a. Regierungsrat Dr. Reinhard, Kommerzienrat Münnich, Selb, Generaldirektor Pleißner, Weissen, und Kommerzienrat Maier, der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Spezialgeschäfte. Die Arbeiterschaft, der wichtigste Teil der Porzellanindustrie, ist dabei wieder einmal geschäftlich übergegangen worden. Die 52 KPP organisierten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen vereinigt im Keramischen Bund, wurden nicht einmal mit einer Einladung bedacht. So ehrerbietig werden die beachtet, mit deren Fleiz und Können in Wiesbaden gepraktiziert wird, von deren Arbeitswirksamkeit die ganze Ausstellung profitiert. Es handelt die Freizeit, von der so manche beim geringsten Angriff die beleidigte Arbeiterschaft berührten. Wir verlangen weniger, daß der gewerkschaftlichen Vertreterin der Arbeiterschaft Reverenz erwiesen werden, sondern dafür ein, daß der Arbeiterschaft ebensoviel öffentliche

Anerkennung entgegengebracht wird, wie jeder anderen Stelle. Das erfordert der Zustand. Die Ausstellungsverantwortlichen beginnen mit der Richtung eine Taktlosigkeit.

Aenderungen in Direktionen.

In der Feinsteinigungsfabrik Möller in Rodach übernahm der bisherige Leiter des Stammbetriebes, Herr Direktor Kurih, die Leitung des Nebenbetriebes in Darmstadt. Anscheinend musste der Venante aus Gesundheitsrücksichten einen Klimalchsel vornehmen; denn es ist kaum anzunehmen, daß der Verlust im letzten Geschäftsjahr mit der Aenderung etwas zu tun hat.

Der Chef der Firma Billeroy & Voß vor ungefähr Fahrtzeit nach Bonn verließ die Firma, Herr Kiefferhorn, erhielt einen Auftrag als Betriebsleiter nach Torgau.

Wenn bei G. & G. Carlens in Reinhardtsleben sich ein Direktor vornehmte wollte, nun einmal auf lange Sicht mit einem Betrieb geschäftlich zu wirken, ihn aus einer gewisse Höhe zu bringen — das geht doch nicht von heute auf morgen — so kann er sicher sein, daß ein Rival daneben gesetzt wird, der dann bei der ersten besten Gelegenheit nach eigenen Methoden von vorne anfangt. So sieht Herr Carlens seine Direktoren sich gegenüber den Chreiz ansehen. Das bei dieser "Schlauer" Methode großer Wechel ist und das dabei nichts herauskommen kann, ist selbstverständlich, weil keine, selbst nicht die geschickteste, Kraft die Möglichkeit hat, nach seinem Willen ein Werk zu gestalten.

Streit bei der Firmenschilderfabrik Felix Haas.

Die Schildermaler der Firmenschilderfabrik Felix Haas, Berlin, Schönhauser Allee 9, befinden sich wegen Lohndifferenzen im Streit. Die Firma ist für Schildermaler gesperrt.

Kampf der Zementbarone gegen die Gewerkschaften.

In Art. 11 des "Keramischen Bundes" vom 17. März 1928 haben wir ironisch zu einem von Dr. Schott, dem Konzerngewaltigen des Zementkonzerns Heidelberg-Mannheim-Stuttgart herangegebenen Flugblatt Stellung genommen. In dem Flugblatt heißt es "Gewerkschaftstarife oder Werkstarife", hatte Dr. Schott Anteile bei deutschen Dichtern gemacht, um gegen die Gewerkschaften zu heben. Dr. Schott wollte beweisen, daß die Arbeiterschaft viel besser fahren würde, wenn sie sich von den Gewerkschaften lossagen und ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen würde. Den Zementbaronen ist es darum zu tun, eine möglichst lange Arbeitszeit bei niedrigen Lönen zu erhalten, bzw. die lange Arbeitszeit zu verewigen. Sich mit einem Vertreter der Arbeitgeber, wie Dr. Schott, über diese Frage auseinanderzulegen, hieße wirklich, ein Meer mit einem Sieb ausschöpfen zu wollen.

Herr Dr. Schott kämpft wie ein Löwe und mit allen erdenklichen Mitteln für seine Idee der Werkstarife und -Werksvereine.

Gerade von den Werksleitungen des Konzerns Heidelberg-Mannheim-Stuttgart wurde der heftigste Widerstand einer Rezession der Arbeitszeit, bzw. der Wiedereinführung des 3-Schichtensystems, entgegengesetzt. Als die Frage der Wiedereinführung des 3-Schichtensystems oder des 8-Stundentages in greifbare Nähe rückte, wurden fast in allen Werken des Konzerns die größten Auseinandersetzungen gemacht, um die gelben Werksvereine ins Leben zu rufen, oder bereits bestehende, die bisher sozusagen als Blümchen im Verbogenen geblüht hatten, zu fördern. Kein Mittel war zu schlecht, als daß es nicht angewandt worden wäre, um zum Ziel zu kommen. Besonders wurde festgestellt, daß zwischendurch gestellt wurden. Auch der Abschluß in Gestalt von Kreisbrief, bei verschiedenlich bei Gründungsversammlungen eine Rolle gespielt. Wirtschaftlicher Druck auf die Arbeiterschaft schlägt ebenfalls nicht. Zu verschiedenen Werken wurden unsere Mitglieder, sobald sie als solche bekannt waren, auf jede mögliche Art schikaniert und bei der ersten passenden oder unpassenden Gelegenheit entlassen. Die Tarifgebilde, welche mit verschiedenen gelben Werksvereinen geschlossen wurden, waren schon vorher in den Büros der betr. Werke fertiggestellt, bevor die Gründung des gelben Werksvereins überhaupt erfolgt war. Vielfach wurden die Gründungsversammlungen von den betr. Werksleitern oder ihren Beauftragten selbst einberufen und geleitet. Kurz und gut: Nicht aus der Arbeiterschaft selbst, sondern von den Werksleitungen aus kam der Gedanke der Gründung von gelben Werksvereinen und der Abschluß von Werksverträgen. Warum, braucht man ja nicht näher auszuführen, weil das genug aus dem Flugblatt des Dr. Schott hervorgeht. Die Schnittidee der Arbeitgeber der Zementindustrie geht allgemein in der Richtung einer langen Arbeitszeit bei möglichst niedrigen Stundenlöhnen.

Unsere ironische Behandlung des Dr. Schottischen Flugblattes scheint diesem nicht gefallen zu haben, denn er wendet sich jetzt erneut in einem Flugblatt an die Zementarbeiterchaft.

Weil dieses Flugblatt gar zu schön ist, wollen wir es der Oeffentlichkeit, und auch dem Teil der Zementarbeiter, der es nicht bekommen haben sollte, nicht vorenthalten.

Heidelberg, 16. April 1928.

Betr. Gewerkschaftstarife oder Werkstarife.

Über meine Schrift "Zur Klarstellung — Gewerkschaftstarife oder Werkstarife" wurde, wie zu erwarten war, in den Gewerkschaftsblättern weißlich geschimpft. Das ist ihr gutes Recht. Nicht dumme Bemerkungen hat man wohl gemacht, aber meine Worte zu widerlegen gar nicht versucht. Dagegen erhielt ich von der Frau eines Arbeiters einer nicht zu unserer Gesellschaft gehörenden Zementfabrik nachfolgenden Brief:

Geb. Kommerzienrat!

Entschuldigen Sie, wenn ich mir erlaube, Ihnen auf Ihr Schreiben hin, Gegenantwort zugeben. Ich bin Arbeiter, war ein sehr großer Freund des Proletariats, wurde einzig und allein als Betriebsrat gewählt, hatte es aber nicht angenommen. Im Jahre 1926 wurde ich ohne jeglichen Grund entlassen. Da hat sich kein Sekretär lehnen und hören lassen, ich habe mir selbst gehoben. Ein gutes Wort und ich könnte wieder weiter arbeiten bis heute, ohne die geringste Störung. Das für einen Augenblick haben die Sekretäre für uns Arbeiter, nicht den Betriebsräten, sie bringen nur Quitt und Abrechnungen in den Betrieben. Sollten Sie aber einmal für das Wahl der Arbeiterschaft eintreten, dann machen Sie schön Worte und Versprechungen, bekennt am Ende noch gegen die Direktoren selbst. Halten die Leute von der Arbeit ab und am Ende haben sie weniger bezweckt als ein Kind. Hier will ich nur ein kleines Volk anführen, das ich an den Preßroßöfen beschäftigt, wir haben 12 St. durchgearbeitet, nur einmal haben die Sekretäre vorgesagt, nur 8 St. arbeiten, dennoch mußt Ihr mehr verdienen wie mit 12 St. Über e schreit, wie oft haben Sie schon zu mir gesagt, hätten wir es gemacht wie du. Aber damals sind sie über mich hergefallen, weil ich gesagt habe, ich stehe auf meine eigenen Füßen, ich brauche keine Sekretäre, wir haben einen Direktor,

keinen besseren und einfallsdrossler kann es gar nicht geben. Er kommt am besten das Wohl und Wehe der Arbeiter. Mit ihm in Verbindung gelegt, hat mehr Wehr als alle Sekretäre. Arbeitgeber und Nehmer müssen zusammen arbeiten, dann wird es bald anders werden. Ist man sowohl betriebs, seine 8 St. nicht einzurichten, damit die Herren auf Ihre Rechnung lohnen, dann heißt es, (schaut) der will auf stehen und so weiter. Das in

es, was der Verband gutes bringt, die Richtendenenden zurückzuhalten von der Arbeit, gelingt es Ihnen aber nicht, so werden Sie bei der geringsten Gelegenheit verstoßen. Die Arbeiter sollen dah Geld für die Sekretäre sparen und ihren Kunden Brod dafür kaufen, ist es besser angelegt, denn manches Kind muß lachen und die leben in Saus und Braus. Hinweg mit bleichen Blutaugen. Volk las dich nicht länger dummen machen befreie dich von dieser Sklaverei, lerne selbst denken und handeln dann können wir darauf denken, daß es wieder anderes wird.

Entschuldigen Sie bitte, weil ich mir erlaubt habe zu schreiben. Ich denke im Sinne meines Mannes gehandelt zu haben, da ich den Betrieb auch sehr gut kenne. Mein Mann hat sich an den Hand drückt, sonst hätte er selbst geschrieben.

Unterschrieben

Hochachtungsvoll
gez. Unterschrift.

Möchte nur jeder Direktor sich um das Wohl und Wehe seiner Arbeit, seiner Mitarbeiter kümmern, ihnen als Mensch gegenüberstehen, möchte aber auch jeder Arbeiter, unbeeinflußt von unwahren Behauptungen und Schlagwörtern, auf Grund eigener Überlegung sich sein Urteil bilden.

Friedrich Schott.

Wahrscheinlich hat Dr. Schott gedacht, wenn er ein Flugblatt nur als sein eigenes Geistesprodukt bezeichnet, so hat es nicht die gewollte Wirkung, deswegen muß jetzt der Zementproletarier bzw. die Ehefrauen dieser als Kronzeugen für die Mächtigkeit seiner Ausschauungen herhalten. Damit auch die Sache glaubwürdig erscheint, wird die Orthographie etwas vergewaltigt.

Doch man aber beim Lesen solcher Ausführungen sich auch Gedanken über die unzulängliche Schulbildung machen kann, an deren Unzulänglichkeit der Kapitalismus, nicht zuletzt die Kapitalisten der Zementindustrie, den großen Teil der Schuld tragen, ist anscheinend Herrn Dr. Schott nicht zum Bewußtsein gekommen.

Wir haben aber so den Verdacht, als wenn auch der Brief ganz ein eigenes Geistesprodukt von Dr. Schott ist. Lediglich an die Glaubwürdigkeit (daß es der Brief einer Arbeitersfrau ist) zu beweisen, ist die „besondere“ Orthographie gewählt worden.

Das Flugblatt erhielten wir von einem Betriebsratsmitglied eines Werkes des Konzerns mit einem Begleitschreiben angedacht, in dem Zweifel über die Echtheit des betreffenden Briefes geäußert werden.

Zugleich bricht der betreffende Kollege den Wunsch aus, daß wir gegen die in dem Briefe enthaltenen Bekleidungen vorliegen sollten. Wir möchten aber dazu bemerken, daß uns Dr. Schott nicht beleidigen kann. Die Ehefrauen sprechen eine andere Sprache. Es wäre gut gewesen, wenn Dr. Schott zugleich angeben hätte, wieviel Gehalt er hat, und wieviel Gewinne aus den Knochen der Zementproletarier herausgeschunden sind. Oder ist er vielleicht der Meinung, daß die Zementproletarier von den Verdiensten, die er selbst und die Aktionäre des Konzerns erarbeitet haben, zehren?

Wir möchten Herrn Dr. Schott empfehlen, nur einmal 5 Jahre lang mit dem Gehalt eines Gewerkschaftssekretärs vorlieb zu nehmen. Wir glauben sicher, daß er dann nicht mehr schreiben würde, daß die "Gewerkschaftssekretäre" in Sauss und Bräus leben. Vielleicht hat Dr. Schott beim Schreiben dieser Worte (daß den Brief eine Arbeitersfrau geschrieben hat, glauben wir nicht) an diejenigen aus seinem Kreise gedacht, welchen die Gewinne, die auf Kosten der Gesundheit der Zementarbeiter herausgeschunden werden, nie hoch genug sein können.

Das ganze Machwerk spiegelt nur die Gedankengänge Dr. Schotts wieder. Wir glauben, daß wir besser mit den Gedankengängen der Zementarbeiterin vertraut sind, um anzunehmen, daß eine Arbeitersfrau solch durchsichtige Gedanken, wie sie Dr. Schott vertritt, unterstützen würde. W. M.

Branchenkonferenz für die Branche Groß-Keramik.

Gau 1 Hannover.

Der Gau 1 hatte zu Sonntag, den 29. April 1928, zu einer Branchenkonferenz nach Hildesheim eingeladen. Die Tagordnung saß folgende Verhandlungen gegenläufige Verhandlungen gegenläufige Verhandlungen vor:

- Was muß der Arbeiter über die Unfallversicherung wissen?
- Die Gestaltung der Löhne in der Ziegelindustrie.
- Wahl der Delegierten zur Bundeskonferenz.
- Berichtenes.

Die Tagung wurde vom Kollegen Haberhauff mit Begeisterungsworten an die Delegierten eröffnet. Er wies erstaunlich darauf hin, daß die Konferenz notwendig geworden sei, infolge der Wahl zum Bundestag des Keramischen Bundes, Gruppe Großkeramik. Als Chefsitzführer wurde der Kollege Linne, Detmold, bestimmt. Zur Mandatssprüfungskommission und gleichzeitig Wahlkommission wurden berufen die Kollegen Waulke, Hildesheim, Blumeier, Hildesheim und Bauck Richter, Gronau-Elze.

Zum Aufrufe der Hildesheimer Wohlkommensgrüße, und wünschte der Tagung einen guten Verlauf.

Über den ersten Punkt der Tagordnung sprach sedana der Kollege Salomo, Hannover. In seinem instruktiven Vortrage behandelte er Entstehung, Wesen und Art der Sozialversicherung. Interessant waren seine Ausführungen in bezug auf das Vorhandensein der verschiedenen und zahlreichen Berufsgenossenschaften. Wir vermerken weiter, daß das erste Gesetz über die Wiegeltäglichkeit und weitere Ausdehnung der Sozialversicherungsgesetzgebung war es notwendig geworden, die ganze Gesellschaftsmaterie einheitlich zusammenzufassen. Dies gelang durch die Verabschiedung der SVG am 1. Juli 1911. Der Redner behandelte sodann noch eingehend die Verschreibensvorschriften, Höhe und Art der Renten und führte durch praktische Beispiele und Erklärungen die Auswirkungen die Aneuerenden in die Schwierigkeit, aber auch die Wichtigkeit der Gesetzesbestimmungen für den einzelnen Erwerbstätigen ein. Ebenfalls standen Erwähnung die Berufskrankheiten und die Unfallfolgen auf den Wegen von und zur Arbeitsstätte. Alles in allem konnte festgestellt werden, daß die Kollegen mit sichtlichem Interesse den Ausführungen des Kollegen Salomo folgten. In der Ausprache fanden noch manche Wörter vom Referenten geplärrt werden.

Über die Gestaltung der Löhne in der Ziegelindustrie sprach sedana der Kollegen Haberhauff vom Landeskonsortium. Am Beginn seiner Ausführungen schilderte er die Verhältnisse in bezug auf die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfrage

